



Geschäfts-Nr.: HG190181-O  
(vormals HG080251-O)

U/dz

Mitwirkend: Oberrichterin Dr. Claudia Bühler, Vizepräsidentin, und Oberrichterin Flurina Schorta, die Handelsrichter Hans-Rudolf Müller, Patrik Howald und Marco La Bella sowie der Gerichtsschreiber Jan Busslinger

**Urteil vom 6. März 2020**

in Sachen

**A.**\_\_\_\_\_,  
Klägerin

vertreten durch Rechtsanwalt Dr. iur. X.\_\_\_\_\_

gegen

**B.**\_\_\_\_\_ **AG**,  
Beklagte

vertreten durch Rechtsanwalt Dr. iur. Y.\_\_\_\_\_

betreffend **Forderung**

**Rechtsbegehren der Klägerin:**

(act. 1 S. 2-3)

1. Die Beklagte sei zu verpflichten, der Klägerin zu bezahlen:

Unter dem Titel "Pflege-Betreuungsschaden":

1.1. Fr. 783'282.—

nebst Zins zu 5 % seit 01.10.2002 (mittleres Verfalldatum vom 01.05.1994 bis zum Rechnungstag tt.02.2009)

1.2. Fr. 2'790'341.—

nebst Zins zu 5 % ab tt.02.2009 (Rechnungstag)

Unter dem Titel "Erwerbsausfall":

1.3. Fr. 306'637.—

nebst Zins zu 5 % seit 31.01.2006

1.4. Fr. 4'324'367.—

nebst Zins zu 5 % seit dem 01.09.2010

Unter dem Titel "Haushaltschaden":

1.5. Fr. 150'097.—

nebst Zins zu 5 % seit dem 01.07.2002

1.6. Fr. 307'152.—

nebst Zins zu 5 % seit dem 01.09.2010

Unter dem Titel "Genugtuung":

1.7. Es sei der Klägerin eine nach richterlichem Ermessen zu bestimmende Genugtuungsrente von mehr als Fr. 16.—pro Tag bzw. Fr. 480.—pro Monat zu bezahlen nebst Zins zu 5 % ab mittlerem Verfalldatum für die Genugtuungsrente ab Unfalltag bis zum Rechnungstag. Diese Rente sei ab Rechnungstag (tt.02.2009) an den Landesindex der Konsumentenpreise anzubinden.

Unter dem Titel "vorprozessuale Anwaltskosten":

1.8. Fr. 133'251.—

nebst Zins zu 5 % ab Klageeinleitung

2. Der Klägerin sei für das vorliegende Verfahren unentgeltliche Prozessführung zu bewilligen und der Unterzeichnende sei ihr als unentgeltlicher Prozessbeistand zu bestellen.
3. Alles unter Kosten- und Entschädigungsfolgen, inklusive der Kosten des Friedensrichters von Fr. 1'240.--, nebst Zins zu 5 % ab Klageeinreichung, zulasten der Beklagten.

**Am 15. November 2010 geändertes Rechtsbegehren der Klägerin:**

(act. 50 S. 2)

1. "In Abänderung der Ziffer 1.3, 1.4, 1.5 und 1.6 des Rechtsbegehrens gemäss Klageschrift sei die Beklagte zu verpflichten, der Klägerin zu bezahlen, neu:

Unter dem Titel "Erwerbsunfall" [sic!], inklusive Rentenschaden:

- 1.3. Fr. 417'669.—  
nebst Zins zu 5 % seit 31.01.2006
- 1.4. Fr. 1'166'815.—  
nebst Zins zu 5 % seit dem 01.09.2010

Unter dem Titel "Haushaltschaden":

- 1.5. Fr. 160'062.—  
nebst Zins zu 5 % seit dem 01.07.2002
- 1.6. Fr. 1'411'953.—  
nebst Zins zu 5 % seit dem 01.09.2010."

**Konsolidiertes Rechtsbegehren der Klägerin:**

(act. 1 S. 2-3; act. 50 S. 2; konsolidiert)

1. Die Beklagte sei zu verpflichten, der Klägerin zu bezahlen:

Unter dem Titel "Pflege-Betreuungsschaden":

- 1.1. Fr. 783'282.—

nebst Zins zu 5 % seit 01.10.2002 (mittleres Verfalldatum vom 01.05.1994 bis zum Rechnungstag tt.02.2009)

- 1.2. Fr. 2'790'341.—  
nebst Zins zu 5 % ab tt.02.2009 (Rechnungstag)

Unter dem Titel "Erwerbsausfall", inklusive Rentenschaden:

- 1.3. Fr. 417'669.—  
nebst Zins zu 5 % seit 31.01.2006
- 1.4. Fr. 1'166'815.—  
nebst Zins zu 5 % seit dem 01.09.2010

Unter dem Titel "Haushaltschaden":

- 1.5. Fr. 160'062.—  
nebst Zins zu 5 % seit dem 01.07.2002
- 1.6. Fr. 1'411'953.—  
nebst Zins zu 5 % seit dem 01.09.2010

Unter dem Titel "Genugtuung":

- 1.7. Es sei der Klägerin eine nach richterlichem Ermessen zu bestimmende Genugtuungsrente von mehr als Fr. 16.—pro Tag bzw. Fr. 480.—pro Monat zu bezahlen nebst Zins zu 5 % ab mittlerem Verfalldatum für die Genugtuungsrente ab Unfalltag bis zum Rechnungstag. Diese Rente sei ab Rechnungstag (tt.02.2009) an den Landesindex der Konsumentenpreise anzubinden.

Unter dem Titel "vorprozessuale Anwaltskosten":

- 1.8. Fr. 133'251.—  
nebst Zins zu 5 % ab Klageeinleitung
2. Der Klägerin sei für das vorliegende Verfahren unentgeltliche Prozessführung zu bewilligen und der Unterzeichnende sei ihr als unentgeltlicher Prozessbeistand zu bestellen.
3. Alles unter Kosten- und Entschädigungsfolgen, inklusive der Kosten des Friedensrichters von Fr. 1'240.--, nebst Zins zu 5 % ab Klageeinreichung, zulasten der Beklagten.

**Rechtsbegehren der Beklagten:**

(act. 9 S. 2)

Die Klage sei maximal im Umfange von CHF 344'102.25 gutzuheissen und im übrigen Umfange vollumfänglich abzuweisen, unter Kosten- und Entschädigungsfolgen zu Lasten des Klägers.

**Mit der Duplik geändertes Rechtsbegehren der Beklagten:**

(act. 35 S. 2)

Die Klage sei maximal im Umfange von CHF 268'825.80 gutzuheissen und im übrigen Umfange vollumfänglich abzuweisen, unter Kosten- und Entschädigungsfolgen zu Lasten des Klägers.

**Am 14. Januar 2011 geändertes Rechtsbegehren der Beklagten:**

(act. 54 S. 1)

1. Unter dem Vorbehalt der Zulassung der von der Klägerin beantragten Klageänderung sei in Abänderung des in der Duplik gestellten Antrags das Begehren auf Ersatz eines zukünftigen Erwerbsausfalls abzuweisen;
2. das Begehren auf Ersatz eines Rentenschadens sei abzuweisen, soweit darauf überhaupt eingetreten werden kann;
3. das Abänderungsbegehren bzw. die Erhöhung des Rechtsbegehrens unter dem Titel 'Haushaltschaden' sei abzuweisen, soweit darauf eingetreten werden kann.

**Konsolidiertes Rechtsbegehren der Beklagten:**

(act. 35 S. 2 und 69; act. 54 S. 1; sinngemäss)

Die Klage sei maximal im Umfange von CHF 144'121.85 gutzuheissen:

Bisheriger Erwerbsausfall:	CHF	135'874.63
Vorübergehender Pflegeschaden	CHF	4'703.70
Aufgelaufener Haushaltschaden (90 %)	CHF	93'481.52
Zukünftiger Haushaltschaden (90 %)	CHF	156'700.95
Genugtuung	CHF	52'520.00
Abzüglich diverse Akontozahlungen	CHF	-299'159.00

und im übrigen Umfange vollumfänglich abzuweisen,

unter Kosten- und Entschädigungsfolgen zu Lasten der Klägerin.

## Übersicht

Sachverhalt und Verfahren .....	8
A. Sachverhalt .....	8
a. Parteien und ihre Stellung.....	8
b. Prozessgegenstand .....	9
B. Prozessverlauf.....	12
Erwägungen .....	14
1. Rückweisung.....	14
2. Anwendbares Prozessrecht.....	16
3. Prozessvoraussetzungen .....	16
4. Noven .....	17
5. Anwendbares Recht .....	17
6. Haftungsbeurteilung .....	17
7. Allgemeines zur Haftungsausfüllung .....	17
8. Betreuungs- und Pflegeschaden .....	17
8.1. Allgemeines.....	17
8.2. Aufwand .....	17
8.2.1. Vergangener Betreuungs- und Pflegeaufwand .....	17
8.2.2. Zukünftiger Betreuungs- und Pflegeaufwand .....	18
8.3. Ansatz .....	18
8.3.1. Vergangener Pflegeschaden.....	18
8.3.2. Zukünftiger Pflegeschaden .....	18
8.4. Versicherungsleistungen .....	18
8.5. Schadensberechnung .....	19
8.5.1. Bisheriger Betreuungs- und Pflegeschaden.....	19
8.5.1.1. Haftpflichtrechtlicher Schaden .....	19
8.5.1.2. Direktschaden .....	19
8.5.2. Zukünftiger Betreuungs- und Pflegeschaden .....	19
8.6. Zwischenergebnis .....	19
9. Erwerbsausfall.....	20
9.1. Allgemeines.....	20
9.2. Invalideneinkommen .....	21
9.2.1. Invalideneinkommen bis zum 31. August 2016.....	21
9.2.2. Invalideneinkommen ab 1. September 2016.....	21
9.3. Valideneinkommen.....	22
9.4. Versicherungsleistungen .....	23
9.5. Schadensberechnung .....	23
9.5.1. Bisheriger Erwerbsschaden .....	23
9.5.1.1. Haftpflichtrechtlicher Schaden .....	23
9.5.1.2. Direktschaden .....	24
9.5.2. Zukünftiger Erwerbsausfall.....	25
9.5.2.1. Haftpflichtrechtlicher Schaden .....	25
9.5.2.2. Direktschaden .....	26
9.6. Zwischenergebnis .....	27
10. Rentenschaden.....	27

11.	Haushaltschaden .....	31
11.1.	Schadensparameter .....	31
11.2.	Schadensberechnung.....	31
11.2.1.	Bisheriger Haushaltschaden .....	32
11.2.1.1.	Haftpflichtrechtlicher Schaden .....	32
11.2.1.2.	Versicherungsleistungen.....	32
11.2.1.3.	Direktschaden .....	32
11.2.2.	Zukünftiger Haushaltschaden .....	34
11.2.2.1.	Haftpflichtrechtlicher Schaden .....	34
11.2.2.2.	Versicherungsleistungen.....	34
11.2.2.3.	Direktschaden .....	34
11.3.	Zwischenergebnis.....	37
12.	Wohnungsmehrkosten .....	37
13.	Mobilitätsschaden .....	37
14.	Genugtuung .....	38
15.	Vorprozessuale Anwaltskosten.....	40
16.	Akontozahlungen .....	40
17.	Gesamtergebnis .....	41
18.	Zinsen .....	42
19.	Kosten- und Entschädigungsfolgen .....	42
19.1.	Gerichtskosten.....	42
19.2.	Prozessentschädigung .....	43
19.3.	Verteilung .....	43
20.	Rechtsmittelstreitwert .....	44

## **Sachverhalt und Verfahren**

### A. Sachverhalt

#### a. Parteien und ihre Stellung

Die am tt. Februar 1975 in C.\_\_\_\_\_ (CZ; C'.\_\_\_\_\_) geborene Klägerin ist promo-vierte Psychologin und in D.\_\_\_\_\_ AG wohnhaft.

Die Beklagte ist eine seit dem tt. Juli 1884 im Handelsregister eingetragene Akti-engesellschaft schweizerischen Rechts mit Sitz in Zürich ZH; sie bezweckt den Betrieb aller Arten von Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäften mit Ausnahme der direkten Lebensversicherung.

b. Prozessgegenstand

Die Klägerin macht Schadenersatz und Genugtuung aus einem Verkehrsunfall am 22. September 1993 gegen die Beklagte als Haftpflichtversicherung des Halters und Fahrers des Unfallfahrzeugs geltend.

E.\_\_\_\_\_, welcher als Halter des Ford Probe mit dem Kennzeichen ZH ... bei der Beklagten haftpflichtversichert war, verursachte am 22. September 1993 um ca. 19:10 Uhr als Lenker dieses Fahrzeugs auf der Strasse der I. Klasse Nr. 3 E-55 von F.\_\_\_\_ (CZ; F'.\_\_\_\_) in Richtung G.\_\_\_\_ (CZ; G'.\_\_\_\_) fahrend bei Kilometer 179.5 einen Selbstunfall. Nachdem er ein entgegenkommendes Fahrzeug passiert hatte, gelangte er mit den rechten Rädern in den Schotterstreifen rechts der Strasse, worauf er die Kontrolle über das Fahrzeug verlor. Dieses schlitterte über die Strasse, kollidierte mit einem Verkehrsschild und stiess gegen die Böschung des gegenüberliegenden Strassengrabens, wo es zwischen Bäumen eingekleimt im Wald zum Stillstand kam. Dabei wurde die auf dem Beifahrersitz sitzende Klägerin, welche zu dieser Zeit nicht angegurtet war, aus dem Fahrzeug geschleudert (act. 1 Ziff. 1 S. 4; act. 9 Ziff. 1 S. 3, Ziff. 4 S. 4-5; act. 10/1 S. 1-2; act. 10/2 S. 1-2).

Bei dem Unfall erlitt die Klägerin insbesondere Verletzungen der Wirbelsäule. Das Vorliegen einer Paraplegie ist nicht streitig, doch decken sich die Behauptungen der Parteien bezüglich der konkreten Verletzungen und deren Lokalisation nicht vollständig (vgl. act. 1 Ziff. 5 S. 5; act. 9 Ziff. 5 S. 5). Das im vorliegenden Verfahren erstellte medizinische Gutachten vom 12. September 2016 geht von einer kompletten Paraplegie ab dem 7. Brustwirbel (Th7) aus (act. 234 Ziff. 4 S. 6).

Nach dem Unfall wurde die Klägerin notfallmässig ins Spital von G.\_\_\_\_ überwiesen und operiert (act. 1 Ziff. 6 S. 5). Am 2. Oktober 1993 erfolgte die Verlegung ins Universitätsspital Zürich (act. 1 Ziff. 6, 7 S. 5). Dort erfolgte am 3. Oktober 1993 die operative Reposition der Rotation/Translation zwischen dem 4. und 5. Brustwirbel (Th4/5) mit anschliessender Stabilisierung durch eine dynamische Knochenplatte (LC DCP) über je zwei Nachbarsegmente (act. 1 Ziff. 7 S. 5; act. 9 Ziff. 7 S. 5; act. 4/3; act. 4/4). In der Folge kam es zu einem Funkti-

onsausfall des Atmungssystems infolge einer Lungenentzündung und von Lungenquetschungen (act. 1 Ziff. 8 S. 6; act. 9 Ziff. 8 S. 5; act. 4/4). Nach einer Stabilisierung konnten am 13. Oktober 1993 die Schläuche gezogen werden (act. 1 Ziff. 8 S. 6; act. 9 Ziff. 8 S. 6; act. 4/4). Da die Mobilisation gute Fortschritte machte, erfolgte am 18. Oktober 1993 die Verlegung von der Intensivstation zur Rehabilitation in das Paraplegikerzentrum der Klinik H.\_\_\_\_\_ (act. 1 Ziff. 9 S. 6; act. 9 Ziff. 9 S. 6; act. 4/4: act. 4/5/26). Dort war die Klägerin vom 18. Oktober 1993 bis zum 30. April 1994 hospitalisiert (act. 1 Ziff. 9, 10 S. 6, Ziff. 18 S. 15; act. 9 Ziff. 10 S. 6, Ziff. 18.1 S. 13-14, Ziff. 19 S. 17; act. 4/5/26).

Nach der Entlassung aus der Rehabilitation hielt sich die Klägerin bei ihrer Grossmutter mütterlicherseits in Tschechien auf (act. 9 Ziff. 18.1 S. 14; act. 27 Ziff. 18.1 S. 15). Der Zeitpunkt der Rückkehr aus Tschechien in die Schweiz ist streitig. Danach wohnte die Klägerin bis zum 30. September 2001 bei ihrer Mutter in I.\_\_\_\_\_ ZH (act. 1 Ziff. 20 S. 17; vgl. act. 4/1). Vom 1. Oktober 2001 bis zum 30. September 2005 wohnte sie mit einer Kollegin in einer Wohngemeinschaft in Zürich ... (act. 1 Ziff. 20 S. 17; vgl. act. 4/5/5-8; act. 4/17/1; act. 4/18/1-2), vom 1. Oktober 2005 bis Juni 2010 alleine in Zürich ... (act. 1 Ziff. 20 S. 17; act. 9 Ziff. 20.1 S. 17-19; act. 106 S. 3; vgl. act. 4/5/1-4; act. 4/17/2-3; act. 4/18/3-6).

Im Zeitpunkt des Unfalls hatte die Klägerin ihre Ausbildung am Gymnasium der Kantonsschule J.\_\_\_\_\_ unterbrochen, um am 1. September 1993 eine auf vier Monate befristete Stelle bei der K.\_\_\_\_\_ [Bank] in L.\_\_\_\_\_ anzutreten (act. 9 Ziff. 21 S. 25). Im August 1995 nahm die Klägerin den Besuch des Gymnasiums wieder auf, welches sie im Januar 1997 mit der Maturität Typus B abschloss (act. 1 Ziff. 21 S. 26; act. 87). Im Herbst 1997 begann sie das Studium der Psychologie an der Universität Zürich, welches sie am 28. Mai 2004 mit dem Lizenziat abschloss (act. 1 Ziff. 21 S. 26; vgl. act. 185/7).

Vom 1. Dezember 2004 bis Ende Juni 2005 arbeitete die Klägerin mit einem Pensum von 50 % im Paraplegikerzentrum der Universitätsklinik H.\_\_\_\_\_; vom 1. Juli 2005 bis 30. September 2009 war sie dort im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt zu einem Pensum von 50 % beschäftigt (act. 1 Ziff. 22 S. 26-27; act. 27 Ziff. 28 S. 32; act. 89/2). Dazu arbeitete die Klägerin vom 1. August 2005

bis 31. Oktober 2008 bei der M.\_\_\_\_\_ AG in N.\_\_\_\_\_ ZH (act. 1 Ziff. 22 S. 27, Ziff. 29 S. 30-31; act. 27 Ziff. 29 S. 33; act. 95; act. 96/1; act. 96/6). Vom 1. Oktober 2009 an arbeitete sie an der Universitätsklinik H.\_\_\_\_\_ als klinische Psychologin mit einem Pensum von 30 % zu einem Bruttojahreslohn von CHF 29'520.00 (act. 27 Ziff. 28 S. 32; act. 119/4). Zwischen den Parteien ist streitig, ob die Klägerin in den Jahren 2008 und 2009 in einem darüber hinausgehenden Masse erwerbstätig gewesen sei. Ab 1. Januar 2010 wurde das Pensum der Klägerin aufgrund eines Zusatzprojekts um 20 % erhöht (act. 48 Ziff. 2.4 S. 12). Am 15. Juni 2010 wurde die Klägerin promoviert (act. 47/7; act. 185/9). Am tt.mm.2010 brachte sie ihr erstes Kind O.\_\_\_\_\_ zur Welt (act. 48 Ziff. 2.4 S. 12-13; act. 50 S. 3; act. 54 S. 1-2). Einschliesslich bezahlten Mutterschaftsurlaubs war sie bis 30. November 2010 mit einem Pensum von 50 % zu einem Jahreslohn von CHF 45'415.20 beschäftigt (act. 48 Ziff. 2.4 S. 12; act. 50 S. 8). Im Juni 2010 gab die Klägerin ihre Wohnung an der ...-strasse in Zürich ... auf und zog nach I.\_\_\_\_\_ ZH (act. 106 S. 3).

Am tt. August 2011 heiratete die Klägerin Dr. P.\_\_\_\_\_ (act. 106 S. 3). Da der Ehemann der Klägerin seit Anfang 2011 zwecks Erwerbs seines Facharztstitels in Deutschland tätig war, lebte die Klägerin ab Mai 2011 zeitweise in Deutschland (act. 106 S. 4; act. 123 S. 3). Vom 10. Oktober 2011 bis Mai 2012 arbeitete die Klägerin mit einer wöchentlichen Bruttoarbeitszeit von 24 Stunden, entsprechend einer Nettoarbeitszeit von 20 Stunden, am Uni-Klinikum Q.\_\_\_\_\_ (act. 106 S. 4; act. 123 S. 1-2; act. 135 S. 3-4). Von Mai 2012 bis zum 22. November 2012 erhielt sie eine Lohnfortzahlung wegen Schwangerschaft (act. 123 S. 1-2; act. 135 S. 4). Am tt.mm.2012 brachte die Klägerin ihr zweites Kind R.\_\_\_\_\_ zur Welt (act. 123 S. 1-2; act. 135 S. 2). Vom tt.mm.2012 bis tt.mm.2013 bezog sie Elterngeld (act. 135 S. 4; act. 185/30). Anschliessend verlängerte sie die Elternzeit um ein Jahr, um den deutschen Krankenversicherungsschutz beibehalten zu können (act. 195 S. 4; act. 185/33). Am 28. Februar 2014 beendete die Klägerin ihre Anstellung und kehrte Mitte 2014 mit ihrer Familie ganz in die Schweiz zurück (act. 195 S. 5). Anfang 2015 bezog die Familie ein Einfamilienhaus in D.\_\_\_\_\_ AG (act. 195 S. 5-6; act. 214).

## B. Prozessverlauf

Das vorliegende Verfahren machte die Klägerin mit Einreichung der Klageschrift vom 15. Oktober 2008 hierorts rechtshängig (§ 102 Abs. 1 aZPO/ZH; act. 1; act. 3; act. 4/1-24). Zum bisherigen Prozessverlauf wird auf das Urteil und den Beschluss vom 20. November 2018 (nachfolgend: Ersturteil) verwiesen. Damit entschied das hiesige Gericht wie folgt:

"

### Das Handelsgericht beschliesst:

1. Das Verfahren wird im Umfang von CHF 1'931'754.00 zufolge Klagerückzugs als erledigt abgeschlossen.
2. Schriftliche Mitteilung mit nachfolgendem Erkenntnis.

### und erkennt sodann:

1. Die Beklagte wird verpflichtet, der Klägerin zu bezahlen  
CHF 2'021'374.00 zuzüglich Zins zu 5 % seit 20. November 2018;  
CHF 451'193.00 aufgelaufene Zinsen.
2. Die Beklagte wird verpflichtet, der Klägerin eine Rente für künftigen Pflege- und Betreuungsschaden wie folgt zu bezahlen:  
CHF 2'665.00 pro Monat von tt. Februar 2025 bis tt. Februar 2035;  
CHF 5'329.00 pro Monat von tt. Februar 2035 bis tt. Februar 2045;  
CHF 10'658.00 pro Monat ab tt. Februar 2045.  
Die Rente ist monatlich im Voraus jeweils auf den Ersten jeden Monats zu bezahlen.  
Der Rentenanspruch erlischt mit dem Tod der Klägerin.
3. Die Rentenhöhe gemäss Ziffer 2 reduziert sich um den Betrag, um welchen die gesetzlichen Sozialversicherungsleistungen, welche die Klägerin für dieselbe Periode erhält oder deren Geltendmachung sie unterlässt, und welche den Ausgleich des Pflege- und Betreuungsschadens bezwecken (Kongruenz), zusammen mit der zugesprochenen Rente den folgenden Gesamtschaden übersteigt:  
CHF 2'961.00 pro Monat von tt. Februar 2025 bis tt. Februar 2035;

CHF 5'921.00 pro Monat von tt. Februar 2035 bis tt. Februar 2045;  
CHF 11'842.00 pro Monat ab tt. Februar 2045.

4. Die Rente bzw. der Gesamtschaden gemäss Ziffer 2 und 3 basieren auf dem Totalnominallohnindex 1993 des Bundesamtes für Statistik für das Jahr 2017 von 130.5 Punkten (Basis 1993 = 100 Punkte). Die Beträge sind jeweils auf den 1. Januar jeden Jahres, erstmals auf den 1. Januar 2019, dem Stand des jeweils aktuellsten, vom Bundesamt für Statistik publizierten Stand des Totalnominallohnindex anzupassen. Die Anpassung erfolgt nach folgender Formel:

$$\text{Neue Rentenhöhe} = \frac{\text{alte Rentenhöhe} \times \text{neuer Index}}{130.5}$$

5. Im Mehrbetrag wird die Klage abgewiesen.
6. Die Gerichtsgebühr wird festgesetzt auf  
CHF 200'000.00 ; die weiteren Kosten betragen:  
CHF 24'000.00 Gutachten
7. Die Kosten werden den Parteien je zur Hälfte auferlegt.
8. Die Beklagte wird verpflichtet, der Klägerin eine Prozessentschädigung von CHF 620.00 zu bezahlen. Im Übrigen werden keine Prozessentschädigungen zugesprochen.
9. Schriftliche Mitteilung an die Parteien sowie gemäss Art. 49 Abs. 2 VAG an die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA, Laupenstrasse 27, 3003 Bern.
10. Eine bundesrechtliche Beschwerde gegen diesen Entscheid ist innerhalb von 30 Tagen von der Zustellung an beim Schweizerischen Bundesgericht, 1000 Lausanne 14, einzureichen. Zulässigkeit und Form einer solchen Beschwerde richten sich nach Art. 72 ff. (Beschwerde in Zivilsachen) oder Art. 113 ff. (subsidiäre Verfassungsbeschwerde) in Verbindung mit Art. 42 und 90 ff. des Bundesgesetzes über das Bundesgericht (BGG). Der Streitwert beträgt CHF 6'978'573.00."

Auf Beschwerde der Beklagten hob das Bundesgericht mit Urteil vom 19. September 2019 (nachfolgend: Rückweisungsurteil) die Dispositiv-Ziffer 1-4

sowie 6-8 des Urteils vom 20. November 2018 auf und wies die Sache zur Neu-  
beurteilung zurück.

Mit Verfügung vom 23. Januar 2020 wurde davon Vormerk genommen, dass der  
Beschluss vom 20. November 2018 in Rechtskraft erwachsen ist. Gleichzeitig  
wurde den Parteien die geänderte Gerichtsbesetzung mitgeteilt (act. 278).

Das Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 bietet keinen Anlass zur Er-  
gänzung von Sachverhalt und Beweisen. Das Verfahren ist spruchreif.

### Erwägungen

#### 1. Rückweisung

1.1. Auf Beschwerde der Beklagten hob das Bundesgericht mit Urteil vom  
19. September 2019 (Rückweisungsurteil) die Dispositiv-Ziffer 1-4 sowie 6-8 des  
Urteils vom 20. November 2018 (Ersturteil) auf und wies die Sache zur Neubeur-  
teilung zurück.

1.2. Die Rückweisung versetzt das Verfahren hinsichtlich der aufgehobenen  
Punkte in die Lage, in welcher es sich vor Fällung des angefochtenen Entscheids  
befunden hat (BGE 116 II 220 E. 4a S. 222). Die Vorinstanz, an welche das Bun-  
desgericht die Sache zur Neuurteilung zurückweist, ist an die rechtlichen Erwä-  
gungen des Rückweisungsentscheids gebunden, soweit diese die Sache definitiv  
entscheiden (BGE 131 III 91 E. 5.2 S. 94 m.Nw.; dem folgend BGE 133 III 201  
E. 4.2 S. 208; BGer 4A\_226/2019 vom 18. November 2019 E. 2), ebenso wie an  
die nicht angefochtenen tatsächlichen Feststellungen (BGE 131 III 91 E. 5.2 S. 94  
m.Nw.). Es ist ihr verwehrt, "der Beurteilung des Rechtsstreits einen anderen als  
den bisherigen Sachverhalt zu unterstellen oder die Sache unter rechtlichen Ge-  
sichtspunkten zu prüfen, die im Rückweisungsentscheid ausdrücklich abgelehnt  
oder überhaupt nicht in Erwägung gezogen worden waren" (BGE 135 III 334 E. 2  
S. 335; dem folgend BGer 4A\_226/2019 vom 18. November 2019 E. 2). Der  
Rückweisungsentscheid gibt den tatsächlichen und rechtlichen Rahmen der neu-  
en Entscheidung vor (BGE 135 III 334 E. 2 S. 335). Insofern ist auch eine Bin-

derung der Vorinstanz an die eigenen, vor Bundesgericht nicht angefochtenen oder von diesem geschützten Erwägungen zu bejahen. Schliesslich ist auch das Bundesgericht an seine eigenen Rückweisungsentscheide gebunden (BGE 125 III 421 E. 2a S. 423 m.Nw.; dem folgend BGE 133 III 201 E. 4.2 S. 208; BGE 135 III 334 E. 2 S. 335; BGE 143 III 290 E. 1.5 S. 295-296; BGer 4A\_226/2019 vom 18. November 2019 E. 2).

Mit dem Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 wurden die folgenden Punkte abweichend vom Ersturteil vom 20. November 2018 entschieden:

a) Ein künftiger Pflegeschaden ist nicht erstellt (Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 E. 4.6). Die entsprechenden Erwägungen im vorinstanzlichen Urteil vom 20. November 2018 sind dadurch überholt (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.2.6-6.2.8).

b) Im Valideneinkommen ist nur eine individuelle Realloohnerhöhung zu berücksichtigen (Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 E. 5.2.2, 5.3). Die entsprechenden Erwägungen im vorinstanzlichen Urteil vom 20. November 2018 sind dadurch überholt (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 7.1.4, 7.2.3.6, 7.3.3).

c) Die Genugtuung ist in der Grössenordnung der Beträge zu bemessen, welche in vergleichbaren Fällen zugesprochen wurden (Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 E. 6.3). Die entsprechenden Erwägungen im vorinstanzlichen Urteil vom 20. November 2018 sind dadurch überholt (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 12.3.1, 12.6).

In den Punkten, in welchen das Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 nicht in das Ersturteil vom 20. November 2018 eingreift, ist dessen Begründung zu übernehmen bzw. auf diese zu verweisen.

1.3. Die Rückweisung umfasst insbesondere auch die Neuberechnung des Erwerbsausfalls und des Rentenschadens (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.4). Die seit dem Ersturteil vom 20. November 2018 erschienenen neuen Berechnungsgrundlagen finden auf alle Fälle Anwendung, welche noch nicht rechtskräftig entschieden sind (BGE 117 V 71 E. 6b S. 92-93; WILHELM STAUFFER/THEO

SCHAETZLE/MARC SCHAETZLE/STEPHAN WEBER, Barwerttafeln und Berechnungsprogramme, Band I, 7. Aufl. 2018, N 2.8). Die Kapitalisierung beruht deshalb auf den aktuellen Berechnungsgrundlagen AHV 2015. Der Rechnungstag verschiebt sich auf den heutigen Urteilstag. Obwohl sich beim Haushaltschaden in der Sache keine Veränderungen ergeben, sind auch bei diesem die neuen Berechnungsgrundlagen und der neue Rechnungstag zu berücksichtigen. In technischer Hinsicht erfolgen die Berechnungen weitgehend mit der Applikation Leonardo.

## 2. Anwendbares Prozessrecht

Am 1. Januar 2011 ist die Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (ZPO; SR 272) in Kraft getreten und hat die Zivilprozessordnung des Kantons Zürich vom 13. Juni 1976 (aZPO/ZH; ehemals LS 271) ersetzt. Die vorliegende Klage wurde am 15. Oktober 2008 eingereicht (act. 1), womit die altrechtliche Rechtshängigkeit eintrat (§ 102 Abs. 1 aZPO/ZH). Gemäss Art. 404 Abs. 1 ZPO findet bei rechtshängigen Verfahren bis zum Abschluss vor der betroffenen Instanz das bisherige Verfahrensrecht weiterhin Anwendung. Dieses bleibt auch bei der Wiederaufnahme des Verfahrens nach einem Rückweisungsentscheid anwendbar (BGer 5A\_61/2017, 5A\_74/2017 vom 7. März 2019 E. 8.3 m.Nw.). Einzig auf die örtliche Zuständigkeit gelangt grundsätzlich das neue Recht zur Anwendung (Art. 404 Abs. 2 Satz 1 ZPO).

Im internationalen Verhältnis ist zu beachten, dass für die Schweiz ebenfalls am 1. Januar 2011 das Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30. Oktober 2007 (LugÜ; SR 0.275.11) jenes vom 16. September 1988 (aLugÜ) ersetzte. Gemäss Art. 63 Ziff. 1 LugÜ bleibt auf rechtshängige Klagen das bisherige Recht anwendbar.

## 3. Prozessvoraussetzungen

Die Prozessvoraussetzungen sind nicht Gegenstand des Rückweisungsurteils vom 19. September 2019. Es wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 1.2 und 1.3 verwiesen.

4. Noven

Zur Zulässigkeit der im erstinstanzlichen Verfahren eingebrachten Noven wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 1.4 verwiesen.

5. Anwendbares Recht

Zum anwendbaren materiellen Recht wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 3 verwiesen.

6. Haftungsbegründung

Zur Haftungsbegründung wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 4 verwiesen. Die Beklagte haftet der Klägerin grundsätzlich mit einer Quote von 90 %.

7. Allgemeines zur Haftungsausfüllung

Die allgemeinen Voraussetzungen sind im Ersturteil vom 20. November 2018 E. 5 dargestellt. Der künftige Schaden ist mit 3.5 % zu kapitalisieren.

8. Betreuungs- und Pflegeschaden

8.1. Allgemeines

Die allgemeinen Erwägungen zum Betreuungs- und Pflegeschaden finden sich im Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.1. Gegen die Ablehnung der Ersatzfähigkeit des sog. Selbstpflegeschadens hat die Klägerin keine zulässige Beschwerde erhoben (Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 E. 2). Der Selbstpflegeschaden bleibt nicht ersatzfähig.

8.2. Aufwand

8.2.1. Vergangener Betreuungs- und Pflegeaufwand

Zum vergangenen Betreuungs- und Pflegeaufwand wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.2.1-6.2.5 verwiesen.

### 8.2.2. Zukünftiger Betreuungs- und Pflegeaufwand

Im Gegensatz zum Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.2.6-6.2.8 gelangt das Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 E. 4.5, 4.6 zum Ergebnis, dass die Voraussetzungen für eine Schadensschätzung nicht gegeben seien. Es bedürfe konkreter Anhaltspunkte dafür, dass (mit überwiegender Wahrscheinlichkeit) ein konkreter Schaden zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Ausmass eintreten werde, damit eine Schätzung nach Art. 42 Abs. 2 OR vorgenommen werden könne. Ein künftiger Pflegeschaden sei nicht ausgewiesen. Das erkennende Gericht ist an diese Erwägungen im Rückweisungsurteil gebunden. Die Verneinung eines erhöhten Drittpflegebedarfs im Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.2.6.4 beanstandet das Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 nicht. Ein zukünftiger Betreuungs- und Pflegeaufwand ist damit nicht ausgewiesen.

### 8.3. Ansatz

Die allgemeinen Voraussetzungen sind im Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.3 dargestellt.

#### 8.3.1. Vergangener Pflegeschaden

Zum dem vergangenen Pflegeschaden zugrunde zu legenden Ansatz wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.3.1 verwiesen.

#### 8.3.2. Zukünftiger Pflegeschaden

Da ein zukünftiger Pflegeschaden nicht ausgewiesen ist, erübrigen sich Erwägungen zum anzuwendenden Ansatz (vgl. ansonsten Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.3.2).

### 8.4. Versicherungsleistungen

Zu den relevanten Versicherungsleistungen und ihrer Anrechenbarkeit wird auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.4 verwiesen. Da ein zukünftiger Pflegeschaden nicht ausgewiesen ist, stellt sich die Frage der zukünftigen Versiche-

rungsleistungen nicht mehr (vgl. ansonsten Ersturteil vom 20. November 2018 E. 6.4.2).

## 8.5. Schadensberechnung

### 8.5.1. Bisheriger Betreuungs- und Pflegeschaden

#### 8.5.1.1. Haftpflichtrechtlicher Schaden

Von	Bis	Anzahl Tage	Zeitaufwand (h pro Tag)	Zeitaufwand (h pro Woche)	Stundenansatz (CHF)	Betreuungsschaden (CHF)
UT	30.04.1994	221	0	0	30.00	0
01.05.1994	30.04.1995	365	2	14	30.00	21'840
01.05.1995	31.07.1995	92	5.42	37.94	30.00	14'918
01.08.1995	29.02.1996	213	3.16	22.12	30.00	20'122

#### 8.5.1.2. Direktschaden

Jahr	Betreuungsschaden	Versicherungsleistungen	Ungedeckt	Schadenersatz (90 %)	Direktschaden	Regress	Überschuss
1993	0		0	0	0 / 0	0 / 0	
1994	14'660	4'272	10'388	13'194	10'388 / 0	0 / 4'272	2'806 (QV)
1995	36'563	6'408	30'155	32'907	30'155 / 0	0 / 6'408	2'752 (QV)
1996	5'657	1'068	4'589	5'091	4'589 / 0	0 / 1'068	502 (QV)
<b>Total</b>	<b>56'880</b>	<b>11'748</b>	<b>45'132</b>	<b>51'192</b>	<b>45'132</b>	<b>6'060</b>	<b>6'060</b>

#### 8.5.2. Zukünftiger Betreuungs- und Pflegeschaden

Ein zukünftiger Betreuungs- und Pflegeschaden ist nicht ausgewiesen.

## 8.6. Zwischenergebnis

Die Klägerin hat Anspruch auf Ersatz des folgenden Betreuungs- und Pflegeschadens gegen die Beklagte:

Schadensposition	Betrag
Vergangener Pflege- und Betreuungsschaden	CHF 45'132
Zukünftiger Pflege- und Betreuungsschaden	CHF 0
<b>Total Pflege- und Betreuungsschaden</b>	<b>CHF 45'132</b>

## 9. Erwerbsausfall

### 9.1. Allgemeines

Zu den Grundsätzen der Bestimmung von Brutto- und Nettoeinkommen sowie zu der hypothetischen Berufswahl der Klägerin wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 7.1.1-7.1.3 verwiesen.

Die Rechtsprechung lehnt beim Erwerbsausfall im Gegensatz zum Haushaltschaden eine generelle Berücksichtigung der Realloohnerhöhung ab, da beim Erwerbsausfall regelmässig konkrete Umstände des Einzelfalls, insbesondere die berufliche Situation des Geschädigten, berücksichtigt werden könnten (BGer 4C.349/2006 vom 22. Januar 2007 E. 3.4; dem folgend 4A\_116/2008 vom 13. Juni 2008 nicht in BGE 134 III 489 publ. E. 3.1). In einer neueren Entscheidung hat das Bundesgericht zwischen durch Veränderung persönlicher Eigenschaften wie das Alter begründeter individueller und durch Veränderung des allgemeinen Lohnniveaus begründeter allgemeiner Realloohnerhöhung unterschieden und die Vorinstanz wegen mangelnder Differenzierung ausdrücklich gerügt (BGer 4A\_260/2014 vom 8. September 2014 E. 6; im Schrifttum MATTHIAS MAURER, Die Bestimmung der Einkommensentwicklung in der Berechnung des Personenschadens, in: Pierre Tercier (Hrsg.), Kapitalisierung – Neue Wege, 1998, 283-320, S. 292; STEPHAN WEBER/ROLAND VOß, Neue Zahlen und Hilfsmittel für die Schadenberechnung, in: Stephan Weber (Hrsg.), Personen-Schaden-Forum 2018, 231-294, S. 234). Die individuelle Steigerung beruht im Gegensatz zur allgemeinen Lohnentwicklung auf einer Längsschnittbetrachtung (WEBER/VOß, a.a.O., S. 254). In der allgemeinen Lohnentwicklung ist sie nicht berücksichtigt (SCHAETZLE/WEBER, a.a.O., N 4.34). Das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 7.1.4 hat sich auf diese Differenzierung gestützt und neben der konkreten die

allgemeine Lohnsteigerung berücksichtigt, da die konkreten Umstände des Einzelfalls nur bei der individuellen Realloohnerhöhung zum Tragen kämen. Die allgemeine und die individuelle Lohnsteigerung wären zu addieren.

Das Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 E. 5.2.2 erachtet es indessen als unzulässig, beim Erwerbsschaden die allgemeine Lohnentwicklung zu berücksichtigen. Das erkennende Gericht ist an diese Erwägungen im Rückweisungsurteil gebunden. Der Klägerin ist deshalb keine allgemeine Reallohnsteigerung auf dem künftigen Einkommen zu gewähren.

Die Berücksichtigung der individuellen Lohnentwicklung beanstandet das Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 E. 5.3 nicht. Soweit gilt weiterhin die Begründung im Ersturteil vom 20. November 2018 E. 7.1.4. Es ist von einer individuellen Reallohnsteigerung der Klägerin von 1 % bis zum Alter 50 auszugehen. Sie ist beim schweizerischen Einkommen ab dem Jahre 2010 zu berücksichtigen, als die Klägerin zum letzten Mal in der Schweiz gearbeitet hat.

## 9.2. Invalideneinkommen

### 9.2.1. Invalideneinkommen bis zum 31. August 2016

Zum Invalideneinkommen bis zum 31. August 2016 wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 7.2.1-7.2.2 verwiesen.

### 9.2.2. Invalideneinkommen ab 1. September 2016

Zum Umfang der Erwerbstätigkeit der Klägerin ab 1. September 2016 wird auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 7.2.3.1-7.2.3.5 verwiesen. Bei der Einkommenshöhe ist hingegen lediglich von einer realen Einkommenssteigerung von 1 % bis Alter 50 (10. Februar 2025) auszugehen. Damit ergibt sich folgendes vergangenes und künftiges Invalideneinkommen ab 1. September 2016:

Von	Bis	Anzahl Tage	Invalideneinkommen		
			Arbeitgeber	Pensum	Bruttojahreseinkommen (CHF)
01.09.2016	RT-1	1'282	Universitätsklinik H._____	30 %	28'925.48 (*) + 1 %/Jahr

RT	31.08.2022	909	Universitätsklinik H. _____	30 %	30'099.98 (**) + 1 %/Jahr
01.09.2022	tt.02.2025	894	Universitätsklinik H. _____	40 %	40'939.99 (***) + 1 %/Jahr
tt.02.2025	31.08.2030	2'028	Universitätsklinik H. _____	40 %	41'762.88 (****)
01.09.2030	28.02.2039	3'103	Keine Erwerbstätigkeit	0 %	0.00

(\*) Auf der Basis Jahreseinkommen 2010 mit jährlicher Reallohnsteigerung um 1 %:  
 $\text{CHF } 90'830.40 \cdot 1.01^6 = \text{CHF } 96'418.30$  für das Jahr 2016

(\*\*) Auf der Basis Jahreseinkommen 2010 mit jährlicher Reallohnsteigerung um 1 %:  
 $\text{CHF } 90'830.40 \cdot 1.01^{10} = \text{CHF } 100'333.27$  am tt.02.2020 (Alter 45)

(\*\*\*) Auf der Basis Jahreseinkommen 2010 mit jährlicher Reallohnsteigerung um 1 %:  
 $\text{CHF } 90'830.40 \cdot 1.01^{12} = \text{CHF } 102'349.97$  am tt.02.2022 (Alter 47)

(\*\*\*\*) Auf der Basis Jahreseinkommen 2010 mit jährlicher Reallohnsteigerung um 1 % bis  
 tt.02.2024 (Alter 50):  $\text{CHF } 90'830.40 \cdot 1.01^{14} = \text{CHF } 104'407.20$ ; danach ist keine Reallohn-  
 steigerung mehr zu berücksichtigen

### 9.3. Valideneinkommen

Zum Umfang der hypothetischen Erwerbstätigkeit der Klägerin wird auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 7.3 verwiesen. Bei der Einkommenshöhe ist hingegen lediglich von einer realen Einkommenssteigerung von 1 % bis Alter 50 auszugehen. Abweichend vom Ersturteil vom 20. November 2018 E. 7.3 ergibt sich ab 1. Juni 2014 folgendes hypothetisches Valideneinkommen:

Von	Bis	Anzahl Tage	Valideneinkommen		Invalidenpensum	Invaliditätsgrad
			Bruttoeinkommen	Pensum		
01.06.2014	31.08.2016	823	CHF 47'259.24 (*) + 1 %/Jahr	50 %	0 %	100 %
01.09.2016	RT-1	1'282	CHF 48'209.15 (**) + 1 %/Jahr	50 %	30 %	40 %
RT	31.08.2022	909	CHF 50'166.63 (***)	50 %	30 %	40 %
01.09.2022	31.12.2024	853	CHF 51'174.98 (****) + 1 %/Jahr	50 %	40 %	20 %
01.01.2025	tt.02.2025	41	CHF 73'085.04 (*****)	70 %	40 %	42.86 %

tt.02.2025	31.08.2030	2'028	CHF 73'085.04	70 %	40 %	42.86 %
01.09.2030	31.12.2032	853	CHF 73'085.04	70 %	0 %	100 %
01.01.2033	28.02.2039	2'232	CHF 104'407.20 (*****)	100 %	0 %	100 %

(\*) Auf der Basis Jahreseinkommen 2010 mit jährlicher Reallohnsteigerung um 1 %:  
 $CHF\ 90'830.40 * 1.01^4 = CHF\ 94'518.48$  für das Jahr 2014

(\*\*) Auf der Basis Jahreseinkommen 2010 mit jährlicher Reallohnsteigerung um 1 %:  
 $CHF\ 90'830.40 * 1.01^6 = CHF\ 96'418.30$  für das Jahr 2016

(\*\*\*) Auf der Basis Jahreseinkommen 2010 mit jährlicher Reallohnsteigerung um 1 %:  
 $CHF\ 90'830.40 * 1.01^{10} = CHF\ 100'333.27$  am tt.02.2020 (Alter 45)

(\*\*\*\*) Auf der Basis Jahreseinkommen 2010 mit jährlicher Reallohnsteigerung um 1 %:  
 $CHF\ 90'830.40 * 1.01^{12} = CHF\ 102'349.97$  am tt.02.2022 (Alter 47)

(\*\*\*\*\*) Auf der Basis Jahreseinkommen 2010 mit jährlicher Reallohnsteigerung um 1 % bis  
 tt.02.2024 (Alter 50):  $CHF\ 90'830.40 * 1.01^{14} = CHF\ 104'407.20$ ; danach ist keine Reallohn-  
 steigerung mehr zu berücksichtigen

#### 9.4. Versicherungsleistungen

Zu den relevanten Versicherungsleistungen und ihrer Anrechenbarkeit wird auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 7.4 verwiesen.

#### 9.5. Schadensberechnung

##### 9.5.1. Bisheriger Erwerbsschaden

##### 9.5.1.1. Haftpflichtrechtlicher Schaden

Die nachfolgende Tabelle orientiert sich am Urteilsaufbau und weicht deshalb leicht vom Leonardo-Standard ab:

Von	Bis	Anzahl Tage	Bruttoeinkommen CHF			AN- Beiträge	Nettoausfall CHF
			Valid	Invalid	Ausfall		
22.09.1993	31.08.2001	2'901	0	0	0	-	0

01.09.2001	31.12.2003	852	90'830/Jahr	0	90'830/Jahr	7.95 %	83'609/Jahr = 195'164
01.01.2004	31.12.2004	366	90'830	4'393	86'437	8.10 %	79'436
01.01.2005	31.12.2005	365	90'830	44'908	45'922	8.68 %	41'936
01.01.2006	31.12.2006	365	90'830	57'386	33'444	11.79 %	29'502
01.01.2007	31.12.2007	365	90'830	57'197	33'633	11.91 %	29'627
01.01.2008	31.12.2008	366	90'830	58'466	32'364	12.15 %	28'433
01.01.2009	31.12.2009	365	90'830	45'939	44'891	10.58 %	40'140
01.01.2010	30.11.2010	334	83'260	41'630	41'630	9.73 %	37'578
01.12.2010	31.08.2011	274	identisch		0	-	0
01.09.2011	30.09.2011	30	1'850 (DE-netto)	0	1'850 (DE-netto)	-	1'850
01.10.2011	31.05.2014	974	identisch		0	-	0
01.06.2014	31.08.2016	823	47'259 + 1 %/Jahr	0	47'259 + 1 %/Jahr	8.65 %	43'171 + 1 %/Jahr = 98'275
01.09.2016	RT-1	1'282	48'209 + 1 %/Jahr	28'925 + 1 %/Jahr	19'284 + 1 %/Jahr	8.67 %	17'612 + 1 %/Jahr = 63'037

### 9.5.1.2. Direktschaden

Jahr	Erwerbsausfall	Versicherungsleistungen	Ungedeckt	Schadenersatz (90 %)	Direktschaden	Regress	Überschuss
1993	0		0	0	0 / 0	0 / 0	
1994	0		0	0	0 / 0	0 / 0	
1995	0		0	0	0 / 0	0 / 0	
1996	0		0	0	0 / 0	0 / 0	
1997	0		0	0	0 / 0	0 / 0	
1998	0		0	0	0 / 0	0 / 0	
1999	0		0	0	0 / 0	0 / 0	
2000	0		0	0	0 / 0	0 / 0	
2001	27'946	27'375	571	25'151	571 / 0	0 / 27'375	24'580 (QV)
2002	83'609	27'375	56'234	75'248	56'234 / 0	0 / 27'375	19'014 (QV)

2003	83'609	27'375	56'234	75'248	56'234 / 0	0 / 27'375	19'014 (QV)
2004	79'436	21'360	58'076	71'492	58'076 / 0	0 / 21'360	13'416 (QV)
2005	41'936	15'840	26'096	37'742	26'096 / 0	0 / 15'840	11'646 (QV)
2006	29'502	15'840	13'662	26'552	13'662 / 0	0 / 15'840	12'890 (QV)
2007	29'627	16'248	13'379	26'664	13'379 / 0	0 / 16'248	13'285 (QV)
2008	28'433	16'248	12'185	25'590	12'185 / 0	0 / 16'248	13'405 (QV)
2009	40'140	16'752	23'388	36'126	23'388 / 0	0 / 16'752	12'738 (QV)
2010	37'578	18'900	18'678	33'820	18'678 / 0	0 / 18'900	15'142 (QV)
2011	1'850	21'120	-19'270	1'665	0 / -19'270	0 / 1'850	1'665 (QV)
2012		21'848	-21'848		0 / -21'848	0 / 0	0 (QV)
2013		25'488	-25'488		0 / -25'488	0 / 0	0 (QV)
2014	25'311	25'488	-177	22'780	0 / -177	0 / 25'311	22'780 (QV)
2015	43'605	25'488	18'117	39'244	18'117 / 0	0 / 25'488	21'127 (QV)
2016	35'230	25'488	9'742	31'707	9'742 / 0	0 / 25'488	21'965 (QV)
2017	17'792	25'488	-7'696	16'013	0 / -7'696	0 / 17'792	16'013 (QV)
2018	17'970	25'488	-7'518	16'173	0 / -7'518	0 / 17'970	16'173 (QV)
2019	18'149	25'488	-7'339	16'334	0 / -7'339	0 / 18'149	16'334 (QV)
2020 bis RT-1	3'255	6'372	-3'117	2'929	0 / -3'117	0 / 3'255	2'929 (QV)
<b>Total</b>	<b>644'979</b>	<b>431'069</b>	<b>213'910</b>	<b>580'481</b>	<b>213'909</b>	<b>366'572</b>	<b>274'119</b>

## 9.5.2. Zukünftiger Erwerbsausfall

### 9.5.2.1. Haftpflichtrechtlicher Schaden

Von	Bis	Anzahl Tage	Bruttoeinkommen CHF			AN- Beiträge	Nettoausfall CHF
			Valid	Invalid	Ausfall		
RT	31.08.2022	909	50'167 + 1 %/Jahr	30'099 + 1 %/Jahr	20'068 + 1 %/Jahr	8.77 %	18'308 + 1 %/Jahr

01.09.2022	31.12.2024	853	51'174 + 1 %/Jahr	40'939 + 1 %/Jahr	10'235 + 1 %/Jahr	10.12 %	9'199 + 1 %/Jahr
01.01.2025	tt.02.2025	41	73'085	41'762	31'322	12.93 %	27'272
tt.02.2025	31.08.2030	2'028	73'085	41'762	31'322	11.19 %	27'817
01.09.2030	31.12.2032	853	73'085	0	73'085	12.28 %	64'110
01.01.2033	28.02.2039	2'232	104'407	0	104'407	10.38 %	93'570

### 9.5.2.2. Direktschaden

Alter	Jahr	Erwerbsausfall	Versicherungsleistungen	Ungedeckt	Schadenersatz (90 %)	Direktschaden	Regress	Überschuss	Faktor
45	1	18'308	25'488	-7'180	16'477	0 / -7'180	0 / 18'308	16'477 (QV)	0.92
46	2	18'492	25'488	-6'996	16'643	0 / -6'996	0 / 18'492	16'643 (QV)	0.95
47	3	14'444	25'488	-11'044	13'000	0 / -11'044	0 / 14'444	13'000 (QV)	0.92
48	4	9'292	25'488	-16'196	8'363	0 / -16'196	0 / 9'292	8'363 (QV)	0.88
49	5	11'388	25'488	-14'100	10'250	0 / -14'100	0 / 11'388	10'250 (QV)	0.85
50	6	27'817	42'240	-14'423	25'035	0 / -14'423	0 / 27'817	25'035 (QV)	0.82
51	7	27'817	42'240	-14'423	25'035	0 / -14'423	0 / 27'817	25'035 (QV)	0.79
52	8	27'817	42'240	-14'423	25'035	0 / -14'423	0 / 27'817	25'035 (QV)	0.76
53	9	27'817	42'240	-14'423	25'035	0 / -14'423	0 / 27'817	25'035 (QV)	0.73
54	10	27'817	42'240	-14'423	25'035	0 / -14'423	0 / 27'817	25'035 (QV)	0.71
55	11	44'025	39'692	4'333	39'622	4'333 / 0	0 / 39'692	35'289 (QV)	0.68
56	12	64'110	37'872	26'238	57'699	26'238 / 0	0 / 37'872	31'461 (QV)	0.65
57	13	67'410	36'780	30'630	60'669	30'630 / 0	0 / 36'780	30'039 (QV)	0.63
58	14	93'569	33'504	60'065	84'212	60'065 / 0	0 / 33'504	24'147 (QV)	0.61
59	15	93'569	33'504	60'065	84'212	60'065 / 0	0 / 33'504	24'147 (QV)	0.58

60	16	93'569	33'504	60'065	84'212	60'065 / 0	0 / 33'504	24'147 (QV)	0.56
61	17	93'569	33'504	60'065	84'212	60'065 / 0	0 / 33'504	24'147 (QV)	0.54
62	18	93'569	33'504	60'065	84'212	60'065 / 0	0 / 33'504	24'147 (QV)	0.52
63	19	93'569	33'504	60'065	84'212	60'065 / 0	0 / 33'504	24'147 (QV)	0.49
<b>Total</b>		<b>593'781</b>	<b>461'453</b>	<b>132'328</b>	<b>534'403</b>	<b>132'328</b>	<b>402'075</b>	<b>297'386</b>	<b>13.59</b>

## 9.6. Zwischenergebnis

Schadensposition	Betrag
Bisheriger Erwerbsausfall	CHF 213'909
Zukünftiger Erwerbsausfall	CHF 132'328
<b>Total Erwerbsausfall</b>	<b>CHF 346'237</b>

## 10. Rentenschaden

Die Klägerin behauptet eine hypothetische Altersrente von 60 % des letzten Bruttoeinkommens (Ersturteil vom 20. November 2019 E. 8.1). Die Beklagte anerkennt eine Quote von 60 % des letzten Bruttoeinkommens (act. 9 Ziff. 35.5 S. 39-40). Die hypothetischen Altersleistungen können deshalb auf dieser Basis bestimmt werden. Die geänderten Werte zum Erwerbseinkommen führen gegenüber dem Ersturteil vom 20. November 2018 E. 8 auch zu einer Änderung des für die Berechnung des Rentenschadens massgeblichen Bruttoeinkommens.

Die hypothetischen Altersleistungen betragen 60 % des letzten Bruttovalideneinkommens (Ersturteil vom 20. November 2019 E. 8.1, 8.3). Ausgehend von einem Bruttovalideneinkommen von CHF 104'407.20 (CHF 90'830.40 \* 1.01<sup>14</sup>) entspricht dies CHF 62'644.32. Zur Berechnung der zu erwartenden BVG-Jahresrente ist zu bestimmen, welches BVG-Alterskapital die Klägerin bei Erreichen des Rentenalters angespart haben und welche Rente daraus resultieren wird.

Der aktuelle Koordinationsabzug beträgt CHF 24'885 (Art. 8 Abs. 1 BVG i.d.F. vom 21. September 2018, AS 2018 3537; im Ersturteil vom 20. November 2018 E. 8.3 noch CHF 24'675). Die (altersabhängigen) Beitragssätze richten sich nach Art. 16 BVG. Im Gegensatz zur Berechnung des Nettolohnes ist auch der Anteil des Arbeitgebers zu berücksichtigen, da dieser gleichermassen kapitalbildend ist. Die Verzinsung des angesparten Altersguthabens richtet sich für die vergangenen Perioden nach Art. 12 BVV 2. Für die künftigen Perioden ist der Zins zu schätzen. Eine Prognose über die künftigen Zinssätze ist nicht möglich. In Anbetracht der für die vergangenen Zeitperioden gültigen Zinssätze ist von einem Durchschnittswert von 2.00 % auszugehen.

Dies führt zur folgenden Berechnung:

Von	Bis	Anz. Tage	Bruttoeinkommen CHF			Beitrag		Zins	Altersguthaben
			Jahr	Periode	koordiniert	Satz	Betrag		
01.12.2004	31.12.2004	30	52'716	4'393	2'319	7%	162	2.25%	162
01.01.2005	31.12.2005	360	44'908	44'908	20'023	7%	1'402	2.50%	1'568
01.01.2006	31.12.2006	360	57'386	57'386	32'501	7%	2'275	2.50%	3'882
01.01.2007	31.12.2007	360	57'197	57'197	32'312	7%	2'262	2.50%	6'241
01.01.2008	31.12.2008	360	58'466	58'466	33'581	7%	2'351	2.75%	8'763
01.01.2009	31.12.2009	360	45'939	45'939	21'054	7%	1'474	2.00%	10'413
01.01.2010	tt.02.2010	40	45'415	5'046	2'281	7%	160	2.00%	12'434
tt.02.2010	30.11.2010	290	45'415	36'584	16'538	10%	1'654		
01.12.2010	31.12.2010	30	Keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz			10%	0		
01.01.2011	31.12.2011	360	Keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz			10%	0	2.00%	12'683
01.01.2012	31.12.2012	360	Keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz			10%	0	1.50%	12'873
01.01.2013	31.12.2013	360	Keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz			10%	0	1.50%	13'066

01.01.2014	31.12.2014	360	Keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz			10%	0	1.75%	13'295
01.01.2015	31.12.2015	360	Keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz			10%	0	1.75%	13'528
01.01.2016	31.08.2016	240	Keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz			10%	0	1.25%	13'831
01.09.2016	31.12.2016	120	28'925	9'642	1'347	10%	135		
01.01.2017	31.12.2017	360	29'219	29'219	4'334	10%	433	1.00%	14'403
01.01.2018	19.11.2018	320	29'512	26'233	4'113	10%	411	1.00%	15'010
20.11.2018	31.12.2018	40	29'512	3'279	514	10%	51		
01.01.2019	tt.02.2019	40	29'806	3'312	547	10%	55	1.00%	15'652
tt.02.2019	31.12.2019	320	29'806	26'494	4'374	10%	437		
01.01.2020	tt.02.2020	40	30'099	3'344	579	10%	58	1.00%	16'602
tt.02.2020	31.12.2020	320	30'403	27'025	4'905	15%	736		
01.01.2021	tt.02.2021	40	30'403	3'378	613	15%	92	2.00%	17'803
tt.02.2021	31.12.2021	320	30'708	27'296	5'176	15%	776		
01.01.2022	tt.02.2022	40	30'708	3'412	647	15%	97	2.00%	19'569
tt.02.2022	31.08.2022	200	31'012	17'229	3'404	15%	511		
01.09.2022	31.12.2022	120	40'939	13'646	5'351	15%	803		
01.01.2023	tt.02.2023	40	40'939	4'549	1'784	15%	268	2.00%	22'423
tt.02.2023	31.12.2023	320	41'350	36'756	14'636	15%	2'195		
01.01.2024	tt.02.2024	40	41'350	4'594	1'829	15%	274	2.00%	25'396
tt.02.2024	31.12.2024	320	41'762	37'122	15'002	15%	2'250		
01.01.2025	tt.02.2025	40	41'762	4'640	1'875	15%	281	2.00%	28'436
tt.02.2025	31.12.2025	320	41'762	37'122	15'002	15%	2'250		

01.01.2026	tt.02.2026	40	41'762	4'640	1'875	15%	281	2.00%	31'536
tt.02.2026	31.12.2026	320	41'762	37'122	15'002	15%	2'250		
01.01.2027	tt.02.2027	40	41'762	4'640	1'875	15%	281	2.00%	34'698
tt.02.2027	31.12.2027	320	41'762	37'122	15'002	15%	2'250		
01.01.2028	tt.02.2028	40	41'762	4'640	1'875	15%	281	2.00%	37'924
tt.02.2028	31.12.2028	320	41'762	37'122	15'002	15%	2'250		
01.01.2029	tt.02.2029	40	41'762	4'640	1'875	15%	281	2.00%	41'214
tt.02.2029	31.12.2029	320	41'762	37'122	15'002	15%	2'250		
01.01.2030	tt.02.2030	40	41'762	4'640	1'875	15%	281	2.00%	44'007
tt.02.2030	31.08.2030	200	41'762	23'201	9'376	18%	1'688		
01.09.2030	31.12.2030	120	0	0	0	18%	0		
01.01.2031	31.12.2031	360	0	0	0	18%	0	2.00%	44'887
01.01.2032	31.12.2032	360	0	0	0	18%	0	2.00%	45'785
01.01.2033	31.12.2033	360	0	0	0	18%	0	2.00%	46'701
01.01.2034	31.12.2034	360	0	0	0	18%	0	2.00%	47'635
01.01.2035	31.12.2035	360	0	0	0	18%	0	2.00%	48'588
01.01.2036	31.12.2036	360	0	0	0	18%	0	2.00%	49'559
01.01.2037	31.12.2037	360	0	0	0	18%	0	2.00%	50'550
01.01.2038	31.12.2038	360	0	0	0	18%	0	2.00%	51'561
01.01.2039	tt.02.2039	360	0	0	0	18%	0	2.00%	52'593

Unter Zugrundelegung dieser Parameter beträgt das Alterskapital der Klägerin am 31. Dezember 2030 CHF 44'007 und erhöht sich bei einer Weiterverzinsung zu 2 % bis 10. Februar 2039 auf CHF 52'593 ( $CHF\ 44'007 \cdot 1.02^9$ ). Bei einem Umwandlungssatz von 6.8 % (Art. 14 Abs. 2 BVG) ergäbe sich eine hypothetische Al-

tersrente von CHF 3'576 pro Jahr. Diese muss sich die Klägerin unabhängig davon anrechnen lassen, ob sie die Möglichkeit hat, eine Rente zu beziehen, oder lediglich das Kapital erhält, da letzteres an die Stelle einer Rente tritt. Anzurechnen sind weiter die AHV-Rente von monatlich CHF 1'790.00, entsprechend CHF 21'480.00 pro Jahr, sowie die UVG-Rente von monatlich CHF 1'002.00, entsprechend CHF 12'024.00. Die Klägerin erhält damit anrechenbare Versicherungsleistungen (AHV, UVG, BV) von insgesamt CHF 37'080 pro Jahr.

Der jährliche Rentenschaden entspricht CHF 25'564 (hypothetische Altersleistungen von CHF 62'644 abzüglich anrechenbare Versicherungsleistungen von CHF 37'080). Aufgrund des Quotenvorrechts ist dieser trotz reduzierter Haftungsquote vollständig als Direktschaden aus dem Schadenersatzanspruch zu decken. Zur Kapitalisierung ist die Tabelle M4y (Aufgeschobene Leibrente bis Alter 64 – Frauen, Rechnungsgrundlagen 2015) der Barwerttafeln zu verwenden. Bei Alter 45 und einem Kapitalisierungszinsfuss von 3.5 % beträgt der entsprechende Kapitalisierungsfaktor 8.48 (STAUFFER/SCHAETZLE/SCHAETZLE/WEBER, a.a.O., S. 156) bzw. bei taggenauer Kapitalisierung mit der Applikation Leonardo per Rechnungstag 8.50. Der kapitalisierte Rentenschaden beläuft sich auf CHF 217'263. Bei einer Haftungsquote von 90 % beträgt der ersatzfähige Direktschaden CHF 195'537.

Die Klägerin verfügt gegen die Beklagte über einen Anspruch auf Ersatz des Rentenschadens von CHF 195'537.

## 11. Haushaltschaden

### 11.1. Schadensparameter

Zu den Zahlen für die Bestimmung des Haushaltschadens wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 9.1-9.4 verwiesen.

### 11.2. Schadensberechnung

Bei der Berechnung des Haushaltschadens ist dem geänderten Rechnungstag und den aktuellen Berechnungsgrundlagen Rechnung zu tragen.

## 11.2.1. Bisheriger Haushaltschaden

### 11.2.1.1. Haftpflichtrechtlicher Schaden

Von	Bis	Anzahl Tage	Zeitaufwand Validenhaushalt (h pro Woche)	Beeinträchtigung (%)	Stundenansatz (CHF)	Haushaltschaden (CHF)
22.09.1993	30.04.1994	221	0.0	–	–	0
01.05.1994	31.12.1995	610	14.7	100 %	26.00 +1 %/Jahr	33'413
01.01.1996	30.09.2001	2'100	14.7	55 %	26.26 +1 %/Jahr	66'188
01.10.2001	30.09.2005	1'461	14.5	55 %	27.60 +1 %/Jahr	47'678
01.10.2005	28.07.2010	1'763	14.8	55 %	28.72 +1 %/Jahr	60'244
29.07.2010	30.04.2011	275	67.4	62 %	29.16 +1 %/Jahr	47'954
01.05.2011	31.08.2011	123	67.4	62 %	10.00	7'323
01.09.2011	30.09.2011	30	50.7	62 %	10.00	1'343
01.10.2011	21.11.2012	418	50.7	62 %	10.00	18'679
22.11.2012	31.12.2013	405	72.4	62 %	10.00	25'893
01.01.2014	31.05.2014	151	54.7	61 %	10.00	7'178
01.06.2014	21.11.2015	539	54.7	61 %	29.75 +1 %/Jahr	76'686
22.11.2015	21.11.2019	1'461	50.2	60 %	30.05 +1 %/Jahr	192'814
22.11.2019	RT-1	105	43.3	58 %	31.27 +1 %/Jahr	11'799

### 11.2.1.2. Versicherungsleistungen

Beim Haushaltschaden sind keine anrechenbaren Versicherungsleistungen ersichtlich. Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass die Leistungen der Sozialversicherungen nicht ausschliesslich mit Blick auf die Erwerbseinbusse ausgerichtet worden sind (vgl. BGE 134 III 489 E. 4.5.3 S. 496).

### 11.2.1.3. Direktschaden

Jahr	Haushaltschaden	Versicherungsleistungen	Ungedeckt	Schadenersatz (90 %)	Direktschaden	Regress	Überschuss
1993	0		0	0	0 / 0	0 / 0	

1994	13'340		13'340	12'006	12'006 / 1'334	0 / 0	
1995	20'073		20'073	18'066	18'066 / 2'007	0 / 0	
1996	11'241		11'241	10'117	10'117 / 1'124	0 / 0	
1997	11'356		11'356	10'220	10'220 / 1'136	0 / 0	
1998	11'470		11'470	10'323	10'323 / 1'147	0 / 0	
1999	11'585		11'585	10'427	10'427 / 1'158	0 / 0	
2000	11'700		11'700	10'530	10'530 / 1'170	0 / 0	
2001	11'774		11'774	10'596	10'596 / 1'178	0 / 0	
2002	11'772		11'772	10'595	10'595 / 1'177	0 / 0	
2003	11'890		11'890	10'701	10'701 / 1'189	0 / 0	
2004	12'009		12'009	10'808	10'808 / 1'201	0 / 0	
2005	12'190		12'190	10'971	10'971 / 1'219	0 / 0	
2006	12'416		12'416	11'174	11'174 / 1'242	0 / 0	
2007	12'454		12'454	11'209	11'209 / 1'245	0 / 0	
2008	12'492		12'492	11'243	11'243 / 1'249	0 / 0	
2009	12'530		12'530	11'277	11'277 / 1'253	0 / 0	
2010	34'142		34'142	30'728	30'728 / 3'414	0 / 0	
2011	33'829		33'829	30'446	30'446 / 3'383	0 / 0	
2012	17'110		17'110	15'399	15'399 / 1'711	0 / 0	
2013	23'342		23'342	21'008	21'008 / 2'334	0 / 0	
2014	37'442		37'442	33'698	33'698 / 3'744	0 / 0	
2015	51'579		51'579	46'421	46'421 / 5'158	0 / 0	
2016	47'539		47'539	42'785	42'785 / 4'754	0 / 0	
2017	48'017		48'017	43'215	43'215 / 4'802	0 / 0	
2018	48'495		48'495	43'645	43'645 / 4'850	0 / 0	

2019	48'081		48'081	43'272	43'272 / 4'809	0 / 0	
2020 bis RT-1	7'324		7'324	6'592	6'592 / 732	0 / 0	
<b>Total</b>	<b>597'192</b>		<b>597'192</b>	<b>537'473</b>	<b>537'473</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## 11.2.2. Zukünftiger Haushaltschaden

### 11.2.2.1. Haftpflichtrechtlicher Schaden

Von	Bis	Anzahl Tage	Zeitaufwand Validenhaushalt (h pro Woche)	Beeinträchtigung (%)	Stundenan- satz (CHF)	Haushaltschaden (CHF)
RT	tt.02.2025	1'804	43.3	58 %	31.58 + 1 %/Jahr	190'331
tt.02.2025	21.11.2027	1'013	43.3	58 %	33.52 + 1 %/Jahr	97'254
22.11.2027	28.07.2030	980	34.5	59 %	34.20 + 1 %/Jahr	70'678
29.07.2030	21.11.2032	847	30.5	61 %	35.23 + 1 %/Jahr	52'075
22.11.2032	31.12.2032	40	25.3	61 %	35.94	1'984
01.01.2033	tt.02.2035	771	22.0	61 %	35.94 + 1 %/Jahr	31'673
tt.02.2035	28.02.2039	1'479	22.0	80 %	36.67 + 1 %/Jahr	72'431
01.03.2039	tt.02.2045	2'174	29.1	82 %	38.15	117'347
tt.02.2045	tt.02.2055	3'652	29.1	100 %	38.15	151'342
tt.02.2055	HA	9'862	23.4	100 %	38.15	52'681

### 11.2.2.2. Versicherungsleistungen

Beim Haushaltschaden sind keine anrechenbaren Versicherungsleistungen ersichtlich (vgl. auch Ziffer 11.2.1.2 oben).

### 11.2.2.3. Direktschaden

Der zukünftige Haushaltschaden ist mit Hilfe der Aktivitätstafeln zu kapitalisieren (BGE 129 III 135 E. 4.2.2.3 S. 159-160; SCHAETZLE/WEBER, a.a.O., N 2.222):

Alter	Jahr	Haushalts- schaden	Versiche- rungs- leistungen	Ungedeckt	Schaden- ersatz (90 %)	Direkt- schaden	Regress	Über- schuss	Faktor
45	1	41'241		41'241	37'117	37'117 / 4'124	0 / 0		0.92

46	2	41'662		41'662	37'496	37'496 / 4'166	0 / 0		0.95
47	3	42'083		42'083	37'875	37'875 / 4'208	0 / 0		0.92
48	4	42'504		42'504	38'253	38'253 / 4'251	0 / 0		0.88
49	5	42'924		42'924	38'632	38'632 / 4'292	0 / 0		0.85
50	6	43'777		43'777	39'400	39'400 / 4'377	0 / 0		0.82
51	7	44'219		44'219	39'797	39'797 / 4'422	0 / 0		0.79
52	8	42'781		42'781	38'503	38'503 / 4'278	0 / 0		0.76
53	9	36'562		36'562	32'905	32'905 / 3'657	0 / 0		0.73
54	10	36'927		36'927	33'234	33'234 / 3'693	0 / 0		0.71
55	11	35'562		35'562	32'006	32'006 / 3'556	0 / 0		0.68
56	12	34'429		34'429	30'986	30'986 / 3'443	0 / 0		0.65
57	13	33'011		33'011	29'710	29'710 / 3'301	0 / 0		0.63
58	14	25'087		25'087	22'578	22'578 / 2'509	0 / 0		0.61
59	15	25'338		25'338	22'804	22'804 / 2'534	0 / 0		0.58
60	16	33'559		33'559	30'203	30'203 / 3'356	0 / 0		0.56
61	17	33'900		33'900	30'510	30'510 / 3'390	0 / 0		0.54
62	18	34'240		34'240	30'816	30'816 / 3'424	0 / 0		0.52
63	19	34'581		34'581	31'123	31'123 / 3'458	0 / 0		0.49
64	20	46'725		46'725	42'053	42'053 / 4'672	0 / 0		0.47
65	21	47'336		47'336	42'603	42'603 / 4'733	0 / 0		0.45
66	22	47'335		47'335	42'602	42'602 / 4'733	0 / 0		0.43
67	23	47'334		47'334	42'601	42'601 / 4'733	0 / 0		0.41
68	24	47'333		47'333	42'600	42'600 / 4'733	0 / 0		0.39
69	25	47'332		47'332	42'599	42'599 / 4'733	0 / 0		0.37
70	26	57'721		57'721	51'949	51'949 / 5'772	0 / 0		0.35

71	27	57'722		57'722	51'950	51'950 / 5'772	0 / 0		0.33
72	28	57'723		57'723	51'951	51'951 / 5'772	0 / 0		0.31
73	29	57'724		57'724	51'952	51'952 / 5'772	0 / 0		0.29
74	30	57'726		57'726	51'953	51'953 / 5'773	0 / 0		0.27
75	31	57'727		57'727	51'954	51'954 / 5'773	0 / 0		0.25
76	32	57'728		57'728	51'955	51'955 / 5'773	0 / 0		0.23
77	33	57'729		57'729	51'956	51'956 / 5'773	0 / 0		0.22
78	34	57'730		57'730	51'957	51'957 / 5'773	0 / 0		0.20
79	35	57'731		57'731	51'958	51'958 / 5'773	0 / 0		0.18
80	36	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.17
81	37	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.15
82	38	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.13
83	39	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.12
84	40	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.10
85	41	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.09
86	42	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.08
87	43	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.07
88	44	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.05
89	45	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.04
90	46	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.03
91	47	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.03
92	48	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.02
93	49	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.01
94	50	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.01
95	51	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.01

96	52	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
97	53	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
98	54	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
99	55	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
100	56	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
101	57	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
102	58	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
103	59	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
104	60	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
105	61	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
106	62	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
107	63	46'424		46'424	41'781	41'781 / 4'643	0 / 0		0.00
<b>Total</b>		<b>837'796</b>	<b>0</b>	<b>837'796</b>	<b>754'016</b>	<b>754'016</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>19.85</b>

### 11.3. Zwischenergebnis

Schadensposition	Betrag
Bisheriger Haushaltschaden	CHF 537'473
Zukünftiger Haushaltschaden	CHF 754'016
<b>Total Haushaltschaden</b>	<b>CHF 1'291'489</b>

### 12. Wohnungsmehrkosten

Die Klägerin verfügt über keinen Anspruch auf Ersatz von Wohnungsmehrkosten gegen die Beklagte (Ersturteil vom 20. November 2019 E. 10).

### 13. Mobilitätsschaden

Zum Mobilitätsschaden wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 11 verwiesen. Insgesamt ergibt sich der folgende Mobilitätsschaden:

Von	Bis	Anzahl Monate	Wohnort	Mobilitäts-schaden
01.04.1996	30.09.2001	66	...-strasse, I. _____	CHF 360.00
01.10.2001	30.09.2005	48	...-strasse, Zürich ...	CHF 510.00
01.10.2005	31.05.2010	56	...-strasse, Zürich ...	CHF 360.00
Gesamtschaden				CHF 68'393.00
<b>Schadenersatz (90 %)</b>				<b>CHF 61'554</b>

#### 14. Genugtuung

14.1. Gestützt auf die sog. Zwei-Phasen-Methode gelangte das Ersturteil vom 20. November 2018 zu einer Gesamtgenugtuung von CHF 265'000.00 (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 12.1-12.2).

14.2. Gestützt auf die sog. Präjudizienvergleichsmethode stellte das Ersturteil vom 20. November 2018 dieses Ergebnis den in vergleichbaren Fällen zugesprochenen Genugtuungssummen gegenüber, namentlich BGE 134 III 97 = HÜTTE/LANDOLT Urteil-Nr. 562, BGer 4C.103/2002 vom 16. Juli 2002 = HÜTTE/LANDOLT Urteil-Nr. 65 sowie BGE 123 III 306 = Pra 86 (1997) Nr. 170 = HÜTTE/LANDOLT Urteil-Nr. 69, und berücksichtigte die bis zum Unfallzeitpunkt aufgelaufene Teuerung. Dabei stellte es fest, dass eine Genugtuungssumme von CHF 265'000.00 um gut die Hälfte über dem im Urteil vom 8. Januar 2008 zugesprochenen Betrag (BGE 134 III 97 = HÜTTE/LANDOLT Urteil-Nr. 562) liege (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 12.3.1), wenn die bis zum vorliegend zu beurteilenden Unfallereignis aufgelaufene Teuerung berücksichtigt werde (CHF 265'000.00 zu CHF 160'843.67). An diesem Präjudiz orientieren sich sowohl die Beklagte als auch das Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 E. 6.3.

Das Ersturteil vom 20. November 2018 stützte sich auf die Bemerkung in einem publizierten strafrechtlichen Urteil vom 30. April 1999, es bestehe eine Tendenz, höhere Genugtuungsbeträge zuzusprechen (BGE 125 III 269 E. 2a S. 274 = Pra 88 [1999] Nr. 175: "D'une manière générale, la jurisprudence tend, depuis quelques années, à allouer des montants plus importants en matière d'atteintes

graves à l'intégrité d'une personne."). Entgegen dieser Bemerkung vermag das Rückweisungsurteil vom 19. September 2019 E. 6.3 keinen Wandel der Rechtsanschauungen seit dem vergleichbaren Urteil vom 8. Januar 2008 zu erkennen; die Vorinstanz hätte die Genugtuung im Rahmen der Höhe bemessen müssen, die sie unter Berücksichtigung der Teuerung festgestellt habe, zumal auf der Genugtuungssumme ein Zins von 5 % (Art. 73 OR) ab dem schädigenden Ereignis laufe.

Das erkennende Gericht ist an diese Erwägungen im Rückweisungsurteil gebunden. Demzufolge stellt die Zusprechung einer Genugtuung, welche deutlich über oder unter dem auf den Unfallzeitpunkt teuerungsbereinigten Betrag von CHF 160'843.67 liegt, eine Ermessensüberschreitung dar. Unter Berücksichtigung der Praxis in vergleichbaren Fällen ist die nach der Zwei-Stufen-Methode bestimmte Genugtuungssumme um CHF 100'000.00 zu reduzieren und auf CHF 165'000.00 festzusetzen.

14.3. Das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 12.3.2 stellte den Genugtuungsbetrag zudem in Relation zu einer dem Kapitalwert entsprechenden Genugtuungsrente. Indessen braucht nicht beurteilt zu werden, ob der Vergleich mit erlittener Untersuchungshaft gerechtfertigt ist und ob die vorliegende Genugtuungssumme einem solchen standhielte. Denn die Zusprechung einer höheren Genugtuungssumme würde gegen die verbindlichen Vorgaben des Rückweisungsurteils vom 19. September 2019 verstossen. Sie würde sich deshalb selbst dann verbieten, wenn sich die Genugtuungssumme bei einem Rentenvergleich als unangemessen niedriger Betrag erweisen würde.

14.4. Die Genugtuung ist in Form einer Kapitalzahlung abzugelten (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 12.4).

14.5. Aufgrund der Haftungsquote von 90 % beträgt die haftpflichtrechtliche Genugtuung CHF 148'500.00. Die unfallversicherungsrechtliche Integritätsentschädigung ist von Gesetzes wegen kongruent zur zivilrechtlichen Genugtuung (Art. 43 Abs. 2 lit. d aUVG). Die der Klägerin am 8. Juli 1996 zugesprochene Integritätsentschädigung in der Höhe von CHF 87'480.00 (act. 1 Ziff. 33 S. 34) ist

auf den Direktanspruch anzurechnen, wobei der Klägerin ein integrales Quoten-  
vorrecht zuzugestehen ist (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 12.4). Der Kläge-  
rin ist die volle Differenz zwischen der ungekürzten Genugtuung und der Integri-  
tätsentschädigung zuzusprechen. Die Ausfallquote von CHF 16'500.00 (10 %) verbleibt beim Regressschaden. Die haftpflichtrechtliche Genugtuung verteilt sich zu CHF 77'520.00 auf den Direktschaden und zu CHF 70'980.00 auf den Regressschaden.

14.6. Die zuzusprechende Genugtuung beträgt CHF 77'520.00 und ist seit dem Unfalltag mit 5 % zu verzinsen. Der aufgelaufene Zins bis zum RT beträgt CHF 92'577.

#### 15. Vorprozessuale Anwaltskosten

Der Klägerin ist kein Ersatz für vorprozessuale Anwaltskosten zuzusprechen (Ersturteil vom 20. November 2019 E. 13.3).

#### 16. Akontozahlungen

Zur Anrechenbarkeit der Akontozahlungen wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 14 verwiesen. Die Zahlung vom 6. Mai 1996 von CHF 30'000.00 akonto Anwaltshonorar ist nicht anzurechnen (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 13.4).

Demnach ergeben sich die folgenden Zahlungen akonto Gesamtschaden:

Zahlungsdatum	Betrag	Für
14.03.1994	CHF 5'000.00	Gesamtschaden
07.07.1994	CHF 5'000.00	Gesamtschaden
30.01.1996	CHF 50'000.00	Gesamtschaden
04.03.1996	CHF 10'000.00	Gesamtschaden
22.07.1997	CHF 7'125.00	Gesamtschaden
14.04.1998	CHF 27'034.00	Gesamtschaden
15.03.1999	CHF 15'000.00	Gesamtschaden
22.03.2001	CHF 20'000.00	Gesamtschaden
27.02.2002	CHF 20'000.00	Gesamtschaden
04.09.2003	CHF 20'000.00	Gesamtschaden
27.10.2005	CHF 20'000.00	Gesamtschaden
08.01.2010	CHF 100'000.00	Gesamtschaden
<b>Total</b>	<b>CHF 299'159.00</b>	

## 17. Gesamtergebnis

Die Beklagte hat der Klägerin die folgenden Schadenspositionen zu ersetzen:

Schadensposition	Rechtsbegehren	Entscheid
Pflege-Betreuungsschaden	CHF 3'573'623	CHF 45'132
Erwerbsausfall	CHF 1'584'484	CHF 346'237
Rentenschaden		CHF 195'537
Haushaltschaden	CHF 1'572'015	CHF 1'291'489
Wohnungsmehrkosten		CHF 0
Mobilitätsschaden		CHF 61'554

Genugtuung	CHF 115'200	CHF 77'520
Vorprozessuale Anwaltskosten	CHF 133'251	CHF 0
Gesamtschaden	CHF 6'978'573	CHF 2'017'469
./ Akontozahlungen	–	./ CHF 299'159
<b>Total</b>	<b>CHF 6'978'573</b>	<b>CHF 1'718'310</b>

Der Klägerin sind somit CHF 1'718'310 zuzusprechen.

## 18. Zinsen

Der Klägerin ist Ersatz für die bis zum Rechnungstag auf den vergangenen Schaden aufgelaufenen Zinsen zuzusprechen (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 16):

Schadensposition	Aufgelaufener Zins
Pflege-Betreuungsschaden	CHF 55'973
Erwerbsausfall	CHF 186'630
Haushaltschaden	CHF 245'751
Mobilitätsschaden	CHF 51'750
Genugtuung	CHF 92'987
Total	CHF 633'091
./ Zins Akontozahlungen	./ CHF 257'349
<b>Aufgelaufener Zins bis RT</b>	<b>CHF 375'742</b>

## 19. Kosten- und Entschädigungsfolgen

### 19.1. Gerichtskosten

Die Gerichtsgebühr ist auf CHF 200'000.00 festzusetzen. Hinzu kommen die Barauslagen für das Gutachten von CHF 24'000.00. Zur Begründung wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 17.1 verwiesen.

## 19.2. Prozessentschädigung

Die Anwaltsgebühr ist auf CHF 200'000.00 festzusetzen. Mit der Prozessentschädigung ist auch Ersatz für die Weisungsgebühr von CHF 1'240.00 zuzusprechen. Zur Begründung wird unverändert auf das Ersturteil vom 20. November 2018 E. 17.2 verwiesen.

## 19.3. Verteilung

Die Verteilung der Gerichtskosten und die Zusprechung der Prozessentschädigung erfolgen im gleichen Verhältnis (§ 68 Abs. 1 Satz 1 aZPO/ZH) und richten sich in der Regel nach dem Verhältnis von Obsiegen und Unterliegen (§ 64 Abs. 2 aZPO/ZH). Von dieser Regel kann insbesondere dann abgewichen werden, wenn die unterliegende Partei sich in guten Treuen zur Prozessführung veranlasst sah oder wenn dem Kläger die genaue Bezifferung seines Anspruchs nicht zumutbar war und seine Klage im Grundsatz gutgeheissen wurde (§ 64 Abs. 3 aZPO/ZH).

Bei Haftpflichtprozessen kann es sich auch bei nur teilweiser Klageguteheissung rechtfertigen, nach dem sog. Veranlassungsprinzip die Kosten vollständig der beklagten Partei aufzuerlegen und diese zur Zahlung einer vollen Prozessentschädigung an die klagende Partei zu verpflichten (KassGer ZH ZR 102 [2003] Nr. 59 E. 3b S. 281-282; FRANK/STRÄULI/MESSMER, a.a.O., N. 29 zu § 64 aZPO/ZH). In gewissen Fällen kann sich dies gar bei erheblichem Überklagen (Gutheissung von weniger als 50 %) rechtfertigen (KassGer ZH ZR 102 [2003] Nr. 59 E. 3c S. 282-283).

Der letzte aufrecht erhaltene Klagebetrag beläuft sich auf CHF 6'978'573. Davon erhält die Klägerin CHF 1'718'310 zugesprochen. Sie obsiegt zu rund einem Viertel. Unter Berücksichtigung der teils schwierigen Schätzungen und Berechnungen sowie angesichts fehlender gefestigter Praxis insbesondere bezüglich Pflege-schaden erscheint in Nachachtung des Veranlassungsprinzips eine hälftige Kostenteilung als angemessen. Die Klagereduktion vom 15. November 2010 ist durch die Geburt eines Kindes durch die Klägerin veranlasst worden. Damit hat sich eine Wendung im Leben der Klägerin vollzogen, die ihr nicht einseitig angelastet

werden darf. Es rechtfertigt sich auch für den durch Rückzug erledigten Teil der Klage eine hälftige Teilung. Die Kosten sind deshalb insgesamt hälftig zu teilen. Die Prozessentschädigungen heben sich gegenseitig auf. Der Klägerin ist Ersatz für die halbe Weisungsgebühr zuzusprechen.

Die Gerichtskosten sind den Parteien je zur Hälfte aufzuerlegen. Die Beklagte ist zu verpflichten, der Klägerin eine Prozessentschädigung von CHF 620.00 zu bezahlen. Im Übrigen sind keine Prozessentschädigungen zuzusprechen.

#### 20. Rechtsmittelstreitwert

Der Rechtsmittelstreitwert beträgt (unverändert) CHF 6'978'573 (Ersturteil vom 20. November 2018 E. 18).

#### **Das Handelsgericht erkennt:**

1. Die Beklagte wird verpflichtet, der Klägerin zu bezahlen  
CHF 1'718'310.00 zuzüglich Zins zu 5 % seit 6. März 2020;  
CHF 375'742.00 aufgelaufene Zinsen.
2. Im Mehrbetrag wird die Klage abgewiesen.
3. Die Gerichtsgebühr wird festgesetzt auf  
CHF 200'000.00 ; die weiteren Kosten betragen:  
CHF 24'000.00 Gutachten
4. Die Kosten werden den Parteien je zur Hälfte auferlegt.
5. Die Beklagte wird verpflichtet, der Klägerin eine Prozessentschädigung von CHF 620.00 zu bezahlen. Im Übrigen werden keine Prozessentschädigungen zugesprochen.
6. Schriftliche Mitteilung an die Parteien sowie gemäss Art. 49 Abs. 2 VAG an die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA, Laupenstrasse 27, 3003 Bern.

7. Eine bundesrechtliche Beschwerde gegen diesen Entscheid ist innerhalb von 30 Tagen von der Zustellung an beim Schweizerischen Bundesgericht, 1000 Lausanne 14, einzureichen. Zulässigkeit und Form einer solchen Beschwerde richten sich nach Art. 72 ff. (Beschwerde in Zivilsachen) oder Art. 113 ff. (subsidiäre Verfassungsbeschwerde) in Verbindung mit Art. 42 und 90 ff. des Bundesgesetzes über das Bundesgericht (BGG). Der Streitwert beträgt CHF 6'978'573.00.

Zürich, 6. März 2020

Handelsgericht des Kantons Zürich

Vizepräsidentin:

Gerichtsschreiber:

Dr. Claudia Bühler

Jan Busslinger